

### **► Vorrang des Kinderzuschlags**

Der Kinderzuschlag (KiZ) nach § 6 a Bundeskindergeldgesetz (BKGG) stellt eine vorrangige Leistung im Sinne des § 12a Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) dar. Diese Arbeitshilfe, insbesondere der Berechnungsbogen, soll dazu dienen, durch eine überschlägige Berechnung frühzeitig, im Idealfall bereits bei der Entgegennahme des Antrags auf Grundsicherungsleistungen, einen möglichen Anspruch auf KiZ zu erkennen. Auf detaillierte Ausführungen zu den Voraussetzungen für den Anspruch auf KiZ wird daher bewusst verzichtet.

Die Prüfung, ob durch den Kinderzuschlag (und ggf. Wohngeld) die Hilfebedürftigkeit überwunden werden kann, erfolgt ohne Berücksichtigung der nach § 6b BKGG möglichen Leistungen für Bildung und Teilhabe. Diese werden bei Vorliegen der Voraussetzungen nach § 6b BKGG ohne Berücksichtigung von Einkommen erbracht. Bei Bestehen eines Anspruchs auf Kinderzuschlag oder Wohngeld kann davon ausgegangen werden, dass die Bedarfe für Bildung und Teilhabe durch die Leistungen nach § 6b BKGG gedeckt sind.

### **► Wann besteht möglicherweise ein Anspruch auf KiZ?**

Eltern haben Anspruch auf KiZ für ihre unverheirateten, unter 25 Jahre alten Kinder, die in ihrem Haushalt leben, wenn

- für diese Kinder Kindergeld bezogen wird,
- die monatlichen Einnahmen der Eltern die Mindesteinkommensgrenze erreichen,
- das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen die Höchsteinkommensgrenze nicht übersteigt und
- der Bedarf der Familie durch die Zahlung von Kinderzuschlag und ggf. Wohngeld gedeckt ist und deshalb kein Anspruch auf Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld besteht.

#### Einkommensgrenzen (Mindest- und Höchsteinkommensgrenze)

Die Mindesteinkommensgrenze (grundsätzlich ohne Wohn- und Kindergeld) beträgt 900 € für Elternpaare bzw. für Alleinerziehende 600 € brutto.

Wird die Mindesteinkommensgrenze zwar erreicht, überschreitet das zu berücksichtigende Einkommen jedoch eine bestimmte Höhe (Höchsteinkommensgrenze), besteht kein Anspruch auf den KiZ.

#### Wie errechnet sich die Höchsteinkommensgrenze?

Die Höchsteinkommensgrenze setzt sich aus dem elterlichen Bedarf nach dem SGB II, dem prozentualen Anteil an den angemessenen Wohnkosten nach dem Existenzminimumbericht und dem Gesamtkinderzuschlag zusammen.

Der Gesamtkinderzuschlag wird aus der Summe der – ggf. individuell um Kindeseinkommen oder Kindesvermögen geminderten – Kinderzuschlagsbeträge gebildet.

### ► Beispiel

Zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern gehören drei Kinder.

Kind 1: 16 Jahre alt, die Eltern erhalten Kindergeld

Kind 2: 18 Jahre alt, in Ausbildung, die Eltern erhalten Kindergeld

Kind 3: 23 Jahre alt, abgeschlossene Erstausbildung, arbeitslos, kein Kindergeld

#### Einkommensverhältnisse der Familie:

Vater: kein Einkommen

Mutter: bereinigtes Erwerbseinkommen i. H. v. 1.200 €

Kind 1: kein Einkommen

Kind 2: bereinigte Ausbildungsvergütung i. H. v. 100 €

Kind 3: kein Einkommen

#### Bedarf der Familie:

Die Unterkunftskosten betragen 500 €. Der Gesamtbedarf der Familie beträgt 2025 € (2 x 328 + 287 + 2 x 291 + 500).

#### Mindesteinkommensgrenze:

Die Mindesteinkommensgrenze beträgt 900 €. Durch das Einkommen der Mutter wird die Mindesteinkommensgrenze erreicht.

#### Berechnung der Höchsteinkommensgrenze:

##### Ermittlung des Gesamtkinderzuschlags:

Kind 1	
KiZ	140,00 €
Kind 2	
KiZ 140,00 ./ 100,00	40,00 €
Kind 3	
Kein Anspruch auf KiZ, da kein Kindergeldanspruch	0,00 €
<b>Gesamtkinderzuschlag</b>	<b>180,00 €</b>
Regelbedarf der Eltern nach dem SGB II (2 x 328 €)	<b>656,00 €</b>
Anteilige KdU nach dem Existenzminimumbericht (Elternpaar mit 3 Kindern = 62,18% von 500,00 €)	310,90€
zzgl. Gesamtkinderzuschlag	180,00 €
<b>Höchsteinkommensgrenze</b>	<b>1146,90€</b>

## **Ergebnis**

Das zu berücksichtigende elterliche Einkommen von 1200,00 € überschreitet die Höchsteinkommensgrenze von 1146,90. Es besteht daher kein Anspruch auf Kinderzuschlag.

*Anmerkung: Hätten die Eltern für alle drei Kinder Anspruch auf ungeminderten KiZ, würde der Gesamtkinderzuschlag 420,00 € und die Höchsteinkommensgrenze demzufolge 1386,90 € betragen. Das elterliche Einkommen in Höhe von 1200 € würde diese Grenze nicht überschreiten, so dass ein Anspruch auf KiZ bestünde, sofern unter Berücksichtigung des Kindergeldes und ggf. zustehenden Wohngeldes der Gesamtbedarf der Familie gedeckt wäre.*

## **► Wie ist zu verfahren, wenn die überschlägige Berechnung ergibt, dass wahrscheinlich ein Anspruch auf KiZ besteht?**

Da der Berechnungsbogen in erster Linie für eine überschlägige Prüfung konzipiert wurde, verzichtet er auf die Darstellung aller zu berücksichtigenden Absetzbeträge nach § 11 Abs. 2 SGB II. Diese können – sofern erforderlich – über A2LL bzw. den Einkommensrechner (BK-Vorlagen) ermittelt werden.

Sofern nach überschlägiger Prüfung erkennbar ist, dass mit der Inanspruchnahme von KiZ Hilfebedürftigkeit für mindestens drei zusammenhängende Monate vermieden würde, ist mit der Berechnungshilfe KiZ-99 zu ermitteln, ob der Gesamtbedarf der Bedarfsgemeinschaft durch das Einkommen, Kindergeld, Kinderzuschlag und ggf. Wohngeld gedeckt wird. Ein möglicher Wohngeldanspruch ist anhand der maßgebenden Wohngeldtabellen oder Wohngeldrechnern zu ermitteln.

Erst wenn die Prüfung mit hinreichender Sicherheit das Bestehen eines Anspruchs auf Kinderzuschlag und/ oder Wohngeld ergeben hat, ist der Antrag auf Arbeitslosengeld II abzulehnen.

Dem Bescheid ist ein Antragsvordruck KiZ 1c und ein Ausdruck der Berechnung des Kinderzuschlags über die zu Verfügung stehende Funktion BK-Text KiZ-99 beizufügen.

Diese Unterlagen sollte der Kunde bei der Antragstellung in der Familienkasse vorlegen. Bei laufendem Bezug von Leistungen nach dem SGB II sollten diese Unterlagen der Anmeldung des Erstattungsanspruchs gegenüber der zuständigen Familienkasse beigelegt werden.

## Berechnungsbogen zur Prüfung eines Anspruchs auf KiZ

### I. Mindesteinkommensgrenze

Das Einkommen ist niedriger als die festgelegte Mindesteinkommensgrenze von 900 € bzw. 600 € für Alleinerziehende.



kein Anspruch auf KiZ

Das Einkommen ist höher als die festgelegte Mindesteinkommensgrenze von 900 € für Elternpaare bzw. 600 brutto € für Alleinerziehende.



möglicherweise Anspruch auf KiZ; die Höchsteinkommensgrenze ist zu ermitteln.

### II. Berechnung der Höchsteinkommensgrenze (=Gesamtbedarf der Eltern + Gesamtkinderzuschlag)

#### 1. Bedarfsermittlung/Regelbedarf und Mehrbedarfe

Regelbedarf des Elternteils/der Eltern \_\_\_\_\_

Mehrbedarfe\* \_\_\_\_\_

Summe \_\_\_\_\_

#### 2. Bedarfsermittlung/Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 6 a Abs. 4 Satz 2 BKGG

Alleinstehende Elternteile mit	Wohnanteil des Elternteils in %	Elternpaar mit	Wohnanteil der Eltern in %
1 Kind	76,34	1 Kind	83,14
2 Kindern	61,74	2 Kindern	71,15
3 Kindern	51,82	3 Kindern	62,18
4 Kindern	44,65	4 Kindern	55,22
5 Kindern	39,23	5 Kindern	49,66

Anteiliger Wohnbedarf des Elternteils/der Eltern in % lt. Tabelle \_\_\_\_\_

(**Hinweis:** nicht bedürftige Kinder gehören nicht zur Bedarfsgemeinschaft und sind nicht zu berücksichtigen!)

Kosten der Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II insgesamt \_\_\_\_\_

Prozentualer Wohnanteil nach § 6 a Abs. 4 Satz 2 BKGG in € \_\_\_\_\_

\* Wird in einer Bedarfsgemeinschaft nur ohne Berücksichtigung von zustehenden Mehrbedarfen die Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vermieden, besteht ein sog. „kleines Wahlrecht“. Bedarfsgemeinschaften mit Mehrbedarfen sind durch das Jobcenter auf das vom Gesetzgeber vorgesehene „kleine Wahlrecht“ hinzuweisen. Es besteht darin, auf geringfügig höhere Leistungen nach dem SGB II zu verzichten.

## Arbeitshilfe zum Erkennen potentieller Fälle mit Anspruch auf Kinderzuschlag

### 3. Gesamtbedarf des Elternteils/der Elternteile

Bedarf Summe aus 1. \_\_\_\_\_

Prozentualer Wohnanteil aus 2. \_\_\_\_\_

Gesamtbedarf

Einkommen des Elternteils/der Eltern (ohne Kindergeld nach § 11 Abs. 1 S. 3 SGB II) \_\_\_\_\_

### 4. Ermittlung des Gesamtkinderzuschlags:

Kind (Name)	KiZ	Einkommen/Vermögen des Kindes	KiZ nach Einkom- men/Vermögen
	140,00		
	140,00		
	140,00		
	140,00		
	140,00		
	140,00		
	140,00		
	140,00		
	140,00		
<b>Gesamtkinderzuschlag (Summe)</b>			

Summe aus 3. (Gesamtbedarf der Eltern/des Elternteils) \_\_\_\_\_

Summe aus 4. (Gesamtkinderzuschlag) \_\_\_\_\_

Summe = Höchsteinkommengrenze

### III. Ergebnis

Das Einkommen ist höher als die Höchsteinkommengrenze



kein Anspruch auf KiZ

Das Einkommen ist niedriger als die Höchsteinkommengrenze



möglicherweise Anspruch auf KiZ (für die Abgabe an die Familienkasse ist die Höhe des Einkommens nach der Einkommensbereinigung gem. § 11b SGB II entscheidend).

### **Checkliste für die Durchführung des persönlichen Beratungsgesprächs bei „kleinem Wahlrecht“**

Zur Ausübung des Wahlrechts nach § 6a Abs. 1 Nr. 4 BKKG und zu den Folgen eines Verzichts auf SGB II-Leistung ist umfassend zu beraten. Bei der Beratung sollten folgende Punkte angesprochen werden:

- Schlechterstellung im direkten Vergleich des verfügbaren Einkommens bei Bezug von Kinderzuschlag und Wohngeld gegenüber dem Bezug von SGB II-Leistungen
- Verlust von weiteren materiellen Vergünstigungen oder Freistellungen, die an den Bezug von Arbeitslosengeld II/Sozialgeld geknüpft sind, darunter insbesondere
  - Gebührenbefreiung bei der GEZ
  - Befreiung von oder Ermäßigung bei den Gebühren bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege, der öffentlichen Jugendarbeit, der Förderung der Familienerziehung (z.B. Angebote der Familienfreizeit und -erholung) (pauschalierte Kostenbeteiligung)
  - Ggf. Preisermäßigung im Öffentlichen Nahverkehr oder
  - Ggf. Gebührenermäßigungen in öffentlichen Bibliotheken, Freizeiteinrichtungen (z.B. Schwimm- und Hallenbädern) oder Ermäßigungen bei Eintrittspreisen privater Anbieter, geringere Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen oder Musikschulen etc.
- Wegfall der Versicherungspflicht zur Kranken- und Pflegeversicherung; dabei ist zu beachten:
  - Kranken- und Pflegeversicherung: Hauptberuflich selbständig Tätige und unverheiratete nicht erwerbstätige Partner, die nicht von der Familienmitversicherung umfasst sind, müssen ihre soziale Sicherung eigenverantwortlich sicherstellen. Wenn allein durch die Aufwendungen für die angemessene Kranken- und Pflegeversicherung Hilfebedürftigkeit entstehen würde, wird auf Antrag vom zuständigen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende auch bei Bezug von Kinderzuschlag ein Zuschuss im erforderlichen Umfang geleistet (§ 26 Abs. 3 SGB II).
- Der Anspruch auf einmalige Leistungen nach § 24 Abs. 3 SGB II
  - Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten
  - Erstausrüstungen für Bekleidung und Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt sowie
  - Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparaturen von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen sowie Miete von therapeutischen Geräten

kann auch bei Bezug von Kinderzuschlag bei den Jobcentern geltend gemacht werden. Die Aufwendungen werden auf Antrag übernommen; bei Ausübung des "kleinen Wahlrechts" ist kein Anwendungsfall des § 24 Abs. 3 S. 4 SGB II gegeben.